



Biogas: Nur mit Zustimmung

Rat bleibt gegen Alternativstandorte

SÜDLOHN. Ohne Zustimmung der Gemeinde werden Westfälisch-Lippischer Landwirtschaftsverband (WLV) und RWE Innogy in Südlohn keine Biogasanlage bauen – auch an keinem der drei alternativen Standorte im Gemeindegebiet: „Wir können das Heft des Handelns nicht in die Hand nehmen, solange wir kein grünes Licht von der Gemeinde bekommen“, so Stephan Wolfert vom WLV. Und das ist eher unwahrscheinlich.

Im Gespräch mit der Münsterland Zeitung erklärte Wolfert, dass der WLV wie auch die RWE Innogy auf die Zustimmung der Gemeinde für die drei möglichen neuen Standorte in Südlohn angewiesen seien. Ohne diese Zustimmung könnten und wollten die Investoren einen Bau der Anlage in Südlohn nicht weiter voran treiben. Auch Bürgermeister Christian Vedder ging davon aus, dass für die drei alternativen Standorte neues Planungsrecht geschaffen werden müsse. „Ein Sondergebiet für Recyclinganlagen gibt es nur am Osselerhorst“, so der Bürgermeister. Für alle anderen Standorte, die die Gemeinde im Vertrag mit den Investoren vorgeschlagen hatte, müsse separat entschieden werden.

Rat ungeduldig

Dass Planrecht geschaffen werden könnte, scheint jedoch eher unwahrscheinlich. In der Ratssitzung am Mittwoch diskutierten die Ratsmitglieder darüber, ob eine geplante Anlage auch an den

Alternativstandorten verhindert werden könne. „Uns sind immer noch keine Gutachter bekannt, die die drei Alternativstandorte im Gemeindegebiet prüfen sollen“, kritisierte Hermann-Josef Frieling (CDU). Dabei sollten die Gutachten längst laufen. Über Monate, so Frieling, habe die Planung keine Fortschritte gemacht. Manfred Schmeing (SPD) erklärte, dass die Politik in Südlohn entgegen der Aussagen des Westfälisch-Lippischen Landwirtschaftsverbandes nicht hinter den drei Standorten stehe. Diese Alternativen habe man lediglich vorgeschlagen, weil man vertraglich dazu verpflichtet sei.

Rücksprache mit Anwalt

Bürgermeister Christian Vedder wurde von den Ratsmitgliedern beauftragt, Rücksprache mit Rechtsanwalt Michael Hoppenberg zu halten um alle rechtlichen Möglichkeiten der Gemeinde abzuklären.

„Wir sehen den Standort Südlohn immer noch als Favorit für die Anlage“, erklärte indes Stephan Wolfert. Allerdings suchten die Investoren inzwischen kreisweit nach alternativen Standorten. „Es muss und wird im Kreis Borken eine Biogasanlage geben“, ist sich Wolfert sicher. Ob die nun in Südlohn oder in einer anderen Gemeinde stehe – die Landwirtschaft benötige so eine Anlage. sjt